

Groß Grönauer SPIEGEL ZIEGEL

Bürgerinformation der Groß Grönauer Sozialdemokraten

SPD

86/36. Jhg.

Aus dem weiteren Inhalt:

Worte von Torsten Albig

Mit Erfahrung weiter arbeiten für SH -
von Peter Eichstädt

Blockheizkraftwerke für die
Waldschule, die Grönauhalle, das
Gemeindehaus und das Sportlerheim

Sporthalle der Waldschule Baubeginn
noch in den Osterferien

„Der Kreis ist bunt - Gib
Rechtsradikalen keine Chance“

Feuerwehrgerätehaus wird modernisiert
Rolltore und Abgasabsauganlage für die
Fahrzeughalle

Energiewende beginnt vor Ort:
Gemeinde Groß Grönau gibt
Absichtserklärung zum Energieprojekt
GRÖN

Betreuungsgeld stoppen!

Neues Baugebiet im Alten Dorf
Gemeindevertretung beschließt B-Plan
Nr. 24

Ausgleichs- und Naturschutzmaßnahmen
zum Bebauungsplan Nr.24 hinter dem
Friedhof

Faschismus ist keine Meinung sondern
ein Verbrechen

Solkürzungen: Schwarz-Gelb will die
Energiewende nicht

www.spd-grossgroenau.de



Liebe Leserinnen und Leser,

nach fast 3 Jahren halten Sie heute wieder einen Groß Grönauer Spiegel in der Hand. Damals standen wir vor einer Bundes- und Landtagswahl, heute wieder vor einer Wahl, der Landtagswahl am 6.5.2012.

Ereignisreiche Jahre liegen seit der letzten Ausgabe des Spiegels hinter uns; Jahre, die unser Denken und Leben verändert haben.

In den nächsten Tagen jährt sich das Atomunglück von Fukushima zum erstem Mal. Mit diesem Unglück endete auch der letzte Traum von einer beherrschbaren Kernenergie.

Noch Anfang 2011 setzte die Regierungskoalition im Bund – als Überbrückungstechnologie – auf die Atomenergie, Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke wurde energiepolitische Priorität der schwarz-gelben Koalition. Einer Politik, von der sich die SPD seit Jahren abwendet. Wir setzen auf umweltfreundliche, regenerative Energiegewinnung unter anderem aus Windkraft und Photovoltaik. Leider musste erst das schreckliche Unglück von Fukushima passieren, damit zumindest der überwiegende Teil der schwarz-gelben

Regierungskoalition unseren Ideen zur Energiepolitik folgt.

Aber nicht nur bei der Energiepolitik setzte Schwarz-gelb auf das falsche Pferd, sondern auch bei der Wahl des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff zum Bundespräsidenten. Ein Präsident, der durch sein Verhalten dem Amt die Würde nahm. Der Rücktritt war notwendig, erfolgte aber zu spät. Vor einigen Tagen trat Joachim Gauck das Amt des Bundespräsidenten an, mithin der dritte Bundespräsident innerhalb eines Jahres. Wir sind überzeugt, dass er dem Amt die notwendige Würde und Ansehen zurückgibt.

Erinnern möchte ich auch an die Pläne des schleswig-holsteinischen CDU-Spitzenkandidaten Jost de Jager aus dem Jahr 2010. Herr de Jager schlug damals allen Ernstes vor, die medizinische Fakultät der Universität Lübeck zu schließen.

Die Umsetzung dieses Ansinnens wurde jedoch durch den Einsatz der Studentenschaft gemeinsam mit der Unterstützung großer Teile der Bevölkerung verhindert. Jetzt soll das alles nur ein kluger Schachzug gewesen sein, um Gelder vom Bund zum erhalten, so Herr de Jager. Hiervon bin ich nicht überzeugt.

Ich möchte meinen Rückblick auf die Vergangenheit damit beenden auch wenn vieles Andere noch erwähnenswert wäre.

Ihr
Ralf Johannesson

Himmelfahrts- FAHRRADRALLYE

17.Mai 2011

Start: 10.00 bis 11.00 Uhr
am Torfmoor/Grönau Halle

Ziel: Waldschule

Für Essen und Trinken ist gesorgt.
Ein Spaß für Jung und Alt
Die Teilnahme ist kostenlos
Bei Regenwetter findet das Grillen
in der Pausenhalle
der Waldschule statt

Liebe Leserinnen und Leser,

für unser Schleswig-Holstein geht es in den nächsten Jahren um große Herausforderungen. Wir wollen die Grundlagen für ein langfristig solides und gerechtes Gemeinwesen legen. Eine Landesregierung unter meiner Führung wird diesen Weg gemeinsam mit Ihnen beschreiten. Wer gut regieren will, muss zuhören, offen sein für gute Ideen und transparent handeln. Ich möchte Ihnen dafür fünf klare Versprechen geben:

1. Bildungskürzungen zum Nachteil unserer Kinder und Enkel wird es mit mir nicht geben! Bildung bedeutet Zukunft. Ich will unseren Kindern die beste Bildung geben - und nicht die billigste. Für mich ist Bildung Herzenssache und kein Sparschwein. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht über die Chancen der Kinder entscheiden. Gebührenfreie Bildung und ein verlässliches Schulsystem - bestehend aus den drei starken Säulen Gemeinschaftsschule, Gymnasium und berufliche Schulen -, das Raum für guten Unterricht gibt.

2. Ich werde unsere Städte und Gemeinden so stark machen, dass sie ihre wichtigen Aufgaben erfüllen können. Wir brauchen sie, damit Krippen und Kindergärten für unsere Kinder und Enkel ebenso wie eine gute schulische Infrastruktur und kulturelle Einrichtungen dauerhaft erhalten bleiben. Kommunen und Land – Hand in Hand!

3. Eine Rückkehr zur Atomkraft wird es mit mir nicht geben. Eine CO₂-Deponierung in Schleswig-Holstein werden wir verhindern. Eine ehrliche und nachhaltige Energiewende im Dialog mit Ihnen und für Sie – das ist mein Ziel! Sozialdemokraten haben den regenerativen Energien in unserem Land zum Durchbruch verholfen – Wir haben Wind, wir haben Sonne, wir haben Wasser! Eine konsequente Energiewende stärkt unsere Wirtschaft und

schafft neue Arbeitsplätze. Gute Arbeit mit einem gerechten Lohn, zu guten Bedingungen, mit fairen Aufstiegschancen und Mitbestimmung. Dies wird auch die Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglichen, damit „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ endlich Realität wird.

4. Wir werden gute Nachbarn sein. Mit unseren Freundinnen und Freunden in Dänemark und in Hamburg werden wir gemeinsam für einen starken Norden arbeiten. Wir leben in einer gemeinsamen Region und werden auch gemeinsam von ihren Stärken profitieren. Seite an

Seite werden wir uns den Herausforderungen stellen, anstatt uns gegenseitig im Wege zu stehen. 5. Wir werden sparsam sein und Bürokratie reduzieren. Aber nie ohne mit allen Beteiligten gesprochen und die Konsequenzen bedacht zu haben. Beteiligung ist für uns Verpflichtung.

Meine Erfahrungen als Sprecher mehrerer Bundesminister der Finanzen hat mich gelehrt: nur mit einem Dreiklang aus Einnahmeverbesserung, Einsparungen und strukturellen Veränderungen können wir den Haushalt nachhaltig konsolidieren – ohne unser Land zur Bildungs- und Sozialwüste zu

machen!

Am 6. Mai geht es nicht um mich oder meine Partei. Es geht um unser Zusammenleben und die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Es geht um die Gestaltung unseres Landes! Schleswig-Holstein ist mein Lieblingsland. Ich möchte, dass es endlich wieder gut regiert wird. Die Entscheidung darüber liegt allein in Ihrer Hand. Nutzen Sie bitte am 6. Mai Ihre Stimme! Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen und die Zusammenarbeit in unserem einzigartigen Land – vernünftig, verlässlich, vertrauensvoll! Sie haben die Wahl!

Herzliche Grüße,
Ihr und Euer
Torsten Albig



Mit Erfahrung weiterarbeiten für Schleswig Holstein

Peter Eichstädt, MdL –seit dem Jahr 2000 für die SPD im Landtag.

Nun kandidiert er am 6. Mai 2012 erneut. Der GRÖNAUER SPIEGEL sprach mit dem Landtagsabgeordneten.

Lange bevor Peter Eichstädt im Jahr 2000 das erste Mal in den Landtag einzog, war er in der Politik aktiv. In die Partei, die SPD, war er bereits 1971 eingetreten, aus Bewunderung und Begeisterung für Willy Brandt und dessen charismatische Art, die Menschen mit seinem Bekenntnis „Mehr Demokratie wagen“ mitzureißen.

Aktiv wurde Eichstädt erstmals in der kleinen Lauenburgischen Gemeinde Rondeshagen: 1980 wurde er damals zum ersten Mal in ein politisches Gremium gewählt, den Gemeinderat. Anlass: In unmittelbarer Nähe zu Rondeshagen, in der alten Tongrube von Groß Weeden, sollte eine Sondermülldeponie eingerichtet werden um u.a. Flugaschen aus der Müllverbrennungsanlage einzulagern.

Als sich dann noch herausstellte, dass diese Flugaschen Dioxin enthalten, war schnell Protest in der Bevölkerung organisiert. Peter Eichstädt heute: „Das war für mich der Anfang, ich wollte mich engagieren. Und das dann natürlich als Sozialdemokrat.“

8 Jahre Gemeinderat waren dann die erste politische Schule für Eichstädt. 1990 wurde erstmals in den Lauenburgischen Kreistag gewählt, längst hatte sich sein politisches Interesse auf andere Felder ausgeweitet. Soziale Fragen, Fragen der Gerechtigkeit ergaben sich schon durch die berufliche Tätigkeit: Peter Eichstädt arbeitete zu dieser Zeit als Sozialarbeiter bei der AWO in Lübeck.

Nachdem er 9 Jahre lang die Kreistagsfraktion im Lauenburgischen Kreistag geführt hatte, kam der Sprung in den Landtag. Das war natürlich

verbunden mit einer Abkehr von seinem bisherigen Beruf; zu dem Zeitpunkt war er Geschäftsführer der AWO Südholstein. Eichstädt heute: „Nach 25 Jahren sozialer Arbeit direkt mit Kindern und Mitarbeitern fiel der Abschied nicht leicht. Aber heute bin ich froh, diesen Weg gegangenen zu sein. Und nach jetzt 12 Jahren als Landtagsabgeordneter kann ich sagen, dass die Gestaltungsmöglichkeiten in viele Bereichen der Landespolitik so groß sind, dass die Arbeit in Kiel sehr zufriedenstellend ist“.

Das war der Blick zurück. Ohne ihn geht es aber nicht, um zu erklären, warum Peter Eichstädt Landtagsabgeordneter wurde und jetzt noch einmal 5 Jahre bleiben will.



Die Weichen sind gestellt. Die SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg hat ihn für den nördlichen Teil des Kreises einstimmig als Kandidat nominiert und auf der Liste der Landes-SPD hat er mit Listenplatz 9 eine gute Position. Natürlich soll der Wahlkreis direkt gewonnen werden. Aber ein guter Listenplatz ist auch ein Stück

Anerkennung für die Arbeit in den letzten 12 Jahren in der SPD-Landtagsfraktion.

Eichstädt über seine bisherige Zeit in Kiel: „Am Anfang war da zwar die Erwartung, wenn man aus einer sozialen Tätigkeit kommt, macht man Sozialpolitik. Aber der Blick ändert sich, das Spektrum wird breiter – die Arbeit im Arbeitskreis Soziales ist zwar all die Jahre erhalten geblieben. Es kam aber der Schwerpunkt Innen- und Rechtspolitik hinzu – und seit einiger Zeit das, was mir am meisten Spaß macht: die Medienpolitik.“

Als Medienpolitischer und datenschutzpolitischer Sprecher ist Eichstädt in diesem komplexen Themenfeld inzwischen zu einem echten Fachmann geworden: „Das Thema ist so spannend und ein Schlüsselthema für die Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie, dass ich das gerne noch einmal 5 Jahre betreuen würde.“

Aber neben seinen speziellen Themen gibt es für jeden Abgeordneten die zentralen Themen, für die sich die ganze Fraktion gemeinsam einsetzt. Die stehen zwar alle ausführlich im Wahlprogramm, auf 35 Seiten. Aber wenn wir Peter Eichstädt fragen, was für ihn die wichtigsten Themen – neben seinen persönlichen Fachgebieten – sind, weiß er schnell eine Antwort. Fünf Felder nennt er beispielhaft:



„Schleswig-Holstein braucht viele kluge Menschen. Damit es noch mehr werden, muss in Bildung investiert werden. Wer einen guten Schulabschluss hat, hat auch die Chance auf ein eigenständiges Leben in Würde. Keiner soll zurückbleiben. Das ist mein Ziel. Ausgaben für Bildung sind Investitionen für die Zukunft. Deshalb möchte ich mit der SPD-Fraktion weiter dafür sorgen, dass unsere Kinder zeitgemäßen Unterricht und gute Betreuung erhalten – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das bedeutet längeres gemeinsames Lernen, Ganztagsunterricht, keine Studiengebühren und eine für die Eltern kostenfreie Kita.“

In Schleswig-Holstein wird zukünftig gute Arbeit fair bezahlt. Wer arbeitet, muss davon leben können. Ohne zusätzliches Geld vom Staat. Das ist eine Frage gesellschaftlicher Würde. Deshalb ist auch gute Arbeit so wichtig: Faire Arbeitsbedingungen, keine schlecht bezahlten Niedriglohn- und Leiharbeits-Jobs, flächendeckende Mindestlöhne.

In Schleswig-Holstein kommt der Wind aus der Steckdose. Klingt komisch, soll aber heißen: Im Land zwischen den Meeren ist es möglich, bald so viel Energie aus Windkraft zu erzeugen, wie wir alle hier verbrauchen. Mein Ziel war: Weg von der Atomenergie. Das ist fast geschafft. Nun muss Schleswig-Holstein fit gemacht werden für

regenerative Energien aus Wind und Sonne. Die Stromnetze müssen ausgebaut werden. Atomindustrie und CDU werden versuchen, die Wende umzukehren. Das wehren wir ab.

In Schleswig-Holstein geht es gerecht zu. Das ist nicht selbstverständlich. Wir müssen Hilfen fördern, statt sie wegzusparen. Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können, ohne Aufstockung durch den Staat. Hilfen für arme Familien, damit kein Kind in der Schule oder der Kita ohne Mahlzeit bleibt. Der Staat muss aktiv ausgleichen zwischen denen, die gut zurecht kommen, und denen, die Unterstützung brauchen. Ein schwacher Staat schafft eine schwache Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu.

In Schleswig-Holstein ist die Wirtschaft stark. Kleine und mittlere Unternehmen - dazu gehört auch der Tourismus - sollen gefördert und bei der Ansiedlung unterstützt werden. Denn sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Das ist nicht alles – aber es ist für fünf Jahre sehr viel. Wenn wir in diesen Punkten ein Stück weiterkommen, haben wir für unser Land etwas erreicht.



Oliver Reisberger

stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, Gemeindevertreter und Mitglied im Umweltausschuss

Blockheizkraftwerke für die Waldschule, die Grönauhalle, das Gemeindehaus und das Sportlerheim

Eckhard Graf

Im Zuge des „Energieprojektes GRÖN“ hat der Schulausschuss der Waldschule und die Gemeindevertretung Groß Grönau beschlossen die Waldschule, die Grönauhalle, das Gemeindehaus und das Sportlerheim u.a. durch Blockheizkraftwerke mit Energie zu versorgen.

Blockheizkraftwerke sind kleine Kraftwerke, die elektrische Energie und Wärme für Heizung und Warmwasserbereitung erzeugen können. Diese Kraftwerke werden mit Erdgas betrieben und sind nicht größer als ein Pkw-Motor. Der Vorteil dieser Kraftwerke ist die Möglichkeit über 90 % der eingesetzten Energie (Erdgas) in Elektrizität und Nutzwärme umzuwandeln. Damit werden die versorgten Gebäude in der Regel unabhängig von Stromlieferungen seitens der herkömmlichen Energieversorgungsunternehmen und nutzen gleichzeitig die entstehende Wärme für Heizung und Duschwasser.

Vorerst wird es in Groß Grönau zwei Standorte solcher Blockheizkraftwerke geben. Ein Standort befindet sich in der Waldschule. Der zweite Standort befindet sich in der Grönauhalle. Der Standort in der Grönauhalle wird mittels unterirdischer Wärme- und Stromleitungen das Gemeindehaus und das Sportlerheim mitversorgen. Am Standort der Waldschule wird das Blockheizkraftwerk durch die künftige Solaranlage (Photovoltaik) ergänzt. Die Investitionskosten für die neuen Energieversorgungseinrichtungen werden sich voraussichtlich in 7-9 Jahren durch die Energieeinsparungen refinanzieren.

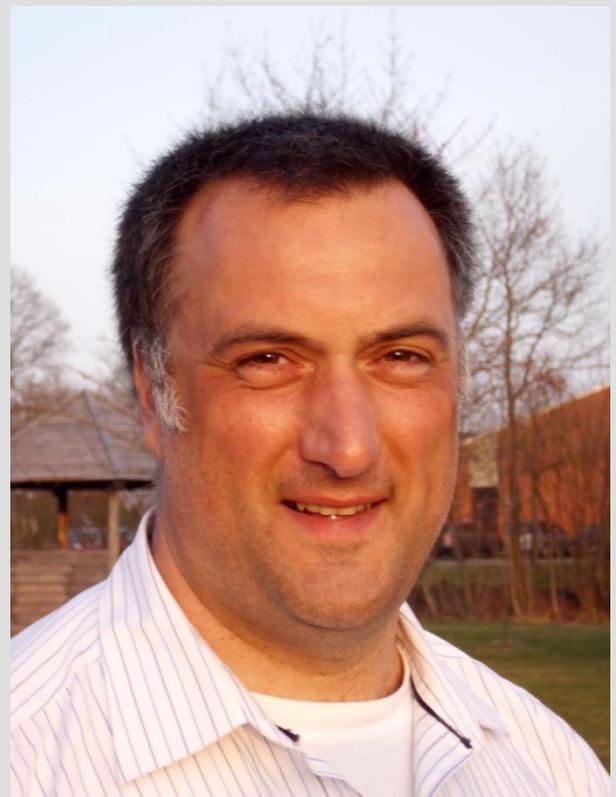
Mit diesen Investitionen leistet die Gemeinde Groß Grönau einen wichtigen lokalen Beitrag zur Energiewende und zum Atomausstieg in Deutschland. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, dass auch durch den Einsatz dieser Technik CO₂-Emissionen nachhaltig reduziert werden und damit aktiver Klimaschutz betrieben wird.

„Global denken und lokal handeln“ müssen nicht nur Worthülsen bleiben.

Sporthalle der Waldschule Baubeginn noch in den Osterferien

Eckhard Graf

Hervorragende Nachrichten wurden den Mitgliedern des Schulausschusses der Waldschule Groß Grönau am 13.03.2012 übermittelt. Die Planungsarbeiten der mit dem Neubauprojekt betrauten Experten sind soweit fortgeschritten, dass mit den ersten Arbeiten zum Wiederaufbau der Sporthalle der Waldschule bereits im April begonnen werden kann.



Eckhard Graf

Kassenwart des Vorstandes, 1. stellvertretender Bürgermeister, Gemeindevertreter und Fraktionsvorsitzender, sowie Mitglied im Finanzausschuss

Nachdem die alte Halle am 29.03.2011 durch einen Großbrand komplett den Flammen zum Opfer gefallen ist, wird der Wiederaufbau mit Hilfe der Erträge aus der Gebäudeversicherung noch in diesem Jahr gelingen. Dabei wird die neu entstehende Halle nicht mit der alten, die im Jahre 1963 errichtet wurde, zu vergleichen sein. Bau, Gebäudebetriebstechnik und Ausstattung werden den modernsten Anforderungen der Technik

gerecht. Optimale Sportbedingungen bei deutlich reduzierten Energieaufwendungen für den Schul- und Vereinsbetrieb unterstreichen die Richtigkeit des engagierten und konsequenten Einsatzes u.a. des Sportvereins und der Elternvertretung der Waldschule für einen Wiederaufbau einer vollwertigen Sporthalle. Auch wir sind sehr glücklich über die sich am Horizont abzeichnende Lösung.

Mit der Fertigstellung der Sporthalle wird die zweite Stufe der Sanierung unserer Schule erreicht. Dabei stehen noch weitere dringend erforderliche Investitionen an, um ebenfalls die Klassentrakte und den Verwaltungstrakt zu modernisieren. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Investitionskosten von bis zu 4 Mio. Euro werden sich die Gemeindevertretungen der die Waldschule tragenden Gemeinden Groß Sarau und Groß Grönau Ende April zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch versammeln und über die verschiedenen Sanierungs- und Ausbauvarianten intensiv beraten. Da sich auch unsere Waldschule dem Bildungs-Wettbewerb mit anderen Grundschulen stellen muss, bleibt auch weiter unser Ziel, Rahmenbedingungen für einen attraktiven und innovativen Schulbetrieb zu schaffen und zu sichern.

In seiner Sitzung am 15.03.2012 beschloss der Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg unter dem Tagesordnungspunkt

„Der Kreis ist bunt - Gib Rechtsradikalen keine Chance“

einstimmig die von allen Fraktionen eingebrachte folgende Resolution:

„1. Der Lauenburgische Kreistag verurteilt den Versuch neonazistischer Gruppierungen, durch einen neuerlichen Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Lübecks am 29. März 1942 das Leid der damals betroffenen Bevölkerung für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren und zugleich den Versuch zu unternehmen, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren.

2. Der Kreistag stellt fest, dass ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Staates und ein aktives Engagement zugunsten unseres bürgerlichen Gemeinwesens geeignet sind, politischem

Radikalismus in all seinen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten. Wenn sich möglichst



Ralf Johannesson

Vorsitzender der SPD Groß Grönau, Gemeindevertreter und Mitglied im Umweltausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Energie, Umwelt und Regionales des Kreistags

viele Menschen in Schleswig-Holstein durch ihren Einsatz in Parteien und Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Mitte der Gesellschaft positionieren, können sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, politischem Extremismus die Grundlage zu entziehen.

3. Der Kreistag spricht sich darüber hinaus gegen Rechtsextremismus aus und lehnt jede Form von Rassismus, Faschismus und rechter Gewalt entschieden ab. Unabhängig von Verboten einzelner Demonstrationen begrüßen wir das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und fordern alle Einwohner auf, sich aktiv und jederzeit jeder Form von Rechtsextremismus, Faschismus sowie Rassismus entgegen zu stellen.

4. Der Kreistag dankt ausdrücklich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit geschützt,

mögliche Ausschreitungen unterbunden sowie Leben und Gesundheit in ihrem Dienst an unserem Gemeinwesen eingesetzt haben. Ihre Arbeit verdient höchste Anerkennung.

5. Der Kreistag würdigt den Ermittlungserfolg der Polizei, der es ermöglicht gegen die Täter der rechtsradikalen Schmierereien sowie der Drohungen gegen das menschliche Leben in Ratzeburg und Mölln nun ein Strafverfahren zu eröffnen.“

Der SPD Ortsverein Groß Grönau schließt sich dieser Resolution inhaltlich voll an und hofft und wünscht zugleich, dass alle Menschen in Frieden und Freiheit unbedroht von rechtsradikalen Gewalttätern sowie anderer extremistischer Gewalttaten Ihre Grundrechte insbesondere das Grundrecht der Meinungsfreiheit wahrnehmen können.

P.S.

Der Kreistagabgeordnete der NPD hatte die Sitzung bereits vor der Beschlussfassung verlassen. Sein Abstimmungsverhalten wäre aber mit Sicherheit vorhersehbar gewesen.



Christian Kniesel

Beisitzer im Vorstand, Mitglied im Bau- und Wegeausschuss sowie Energiebeirat

Feuerwehrgerätehaus wird modernisiert Rolltore und Abgasabsauganlage für die Fahrzeughalle

Eckhard Graf

Das Feuerwehrgerätehaus ist bei genauer Betrachtung in die Jahre gekommen. Zwar haben die Einsatzfahrzeuge, anders als bei anderen Wehren, noch ausreichend Platz, so sind aber andere dringende Erneuerungs- und Erweiterungsmaßnahmen geboten. In den nächsten Wochen werden die Rolltore ausgetauscht und mit einem elektrischen Antrieb versehen. Gleichzeitig wird eine neue Abgasabsauganlage installiert, die die schädlichen Emissionen der im Gerätehaus laufenden Feuerwehrfahrzeuge aufnimmt und somit die Feuerwehrleute vor der Einwirkung von giftigen Abgasen schützt. Mit diesen Investitionen sind weitere bauliche Schritte erfolgt, die für einen modernen Brandschutz erforderlich sind.

Nächste Schritte müssen in die Richtung gehen, dass die Umkleidesituation für die Feuerwehrleute verbessert wird. Derzeit ist der Umkleidebereich mangels Platz direkt in der Fahrzeughalle angeordnet. Dies ist nicht nur mit Unannehmlichkeiten verbunden, sondern auch gefährlich. So kann derzeit niemand ausschließen, dass u.a. durch ungewollte Fahrzeugbewegungen sich umkleidende Feuerwehrleute gefährdet werden. Derzeit wird das Gefährdungspotential durch organisatorische Maßnahmen abgedeckt. Eine bauliche Veränderung kann hier nachhaltig für Abhilfe sorgen. Die Gemeinde Groß Grönau, die für den Brandschutz verantwortlich ist, bleibt aufgefordert über die Arbeitssituation unserer ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute zu wachen und diese ggf. zu verbessern.

Energiewende beginnt vor Ort:

Gemeinde Groß Grönau gibt Absichtserklärung zum Energieprojekt GRÖN

Eckhard Graf

Der auf Bundesebene beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in klügere

Systeme zur effizienten Nutzung unserer Energieressourcen hat viele Gesichter. Und da wir wissen, dass Kleinvieh auch Mist erzeugt, ist der durch die Gemeindevertretung beschlossene Einstieg der Gemeinde Groß Grönau in das Energieprojekt GRÖN unser Beitrag zum Gelingen der Energiewende in Deutschland.

Die Gemeinde Groß Grönau erklärt folgende Absicht:

Gemeinsam mit der Fachhochschule Lübeck wollen wir das Ziel verfolgen, Groß Grönau zu einer energetischen 100% Region zu entwickeln. Die Entwicklung dieses Vorhabens unter dem Namen „Energieprojekt GRÖN“ wird unter dem Leitmotiv „Weniger Energie für mehr Zukunft“ betrachtet. Eine größtmögliche Energieeffizienz und darauf folgend der Einsatz von erneuerbaren Energien sind die tragenden Projektinhalte. Die hierzu bisher vorliegenden Ideen und Ansätze sollen in Teilprojekten untersucht werden:

Teilprojekte (nicht abschließend)

- Sensibilisierung und Einbeziehung der gesamten Gemeinde in das Energieprojekt GRÖN
- Gründung eines Energieforums („GRÖN-Forum“) für Information und Kommunikation z.B. im Internet
- Einführung eines Energiemanagements für die gemeindlichen Liegenschaften – beginnend mit einer ausführlichen Bilanzierung des Energieverbrauchs in den gemeindlichen Liegenschaften (Energiecontrolling)
- Angebot einer Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde basierend auf den Vorschlägen einer „Vor-Ort-Beratung“
- Darstellung möglicher Sanierungsvorschläge für gleichartige Häuser und deren wirtschaftliche Durchsetzung
- Kostenlose Energieberatung für neue Wohnbaugebiete
- Prüfung der Effizienz von Blockheizkraftwerken für gemeindliche Liegenschaften

- Unterstützung des pädagogischen Energieprojektes in der Waldschule (GRÖN-Haus)

Betreuungsgeld stoppen!

Gabriele Hiller-Ohm, MdB



Im Bundestag wird heute über die von der schwarz-gelben Bundesregierung für 2013 geplante Einführung des Betreuungsgeldes beraten. Die für den Kreis Herzogtum Lauenburg zuständige SPD-

Bundestagsabgeordnete

Gabriele Hiller-Ohm bezeichnet das Betreuungsgeld als Fehlanreiz und fordert mehr und bessere Kinderbetreuung.

Hiller-Ohm: „Das Betreuungsgeld, das für den Verzicht auf einen Kita-Platz gezahlt werden soll, ist unsinnig. Mit einem Betreuungsgeld wird es nicht gelingen, Kinder besser zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Frauen, insbesondere Alleinerziehende, brauchen ausreichend hochwertige Kinderbetreuungsangebote um ihre Existenz zu sichern. Alle Kinder profitieren von frühkindlicher Bildung. Das Betreuungsgeld setzt falsche Anreize und wird dazu beitragen, dass Frauen länger zuhause bleiben und Kinder nicht die Kita besuchen. Ich kann nicht verstehen, weshalb CDU-Ministerin Schröder trotz großer Kritik selbst aus den eigenen Reihen an diesen absurden Plänen festhält.“

Auch die Anhörung zum Betreuungsgeld im Bundestag bestätigte, dass das geplante Betreuungsgeld sozial-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und zudem verfassungsrechtlich problematisch ist.

Die SPD hat einen Antrag mit dem Titel „Auf die Einführung des Betreuungsgeldes verzichten“ (17/6088) vorgelegt. Sie fordert von der Bundesregierung ein verstärktes Engagement und zusätzliche Bundesmittel, um ein

bedarfsdeckendes Angebot an Krippenplätzen auszubauen.



Kirsten Brock

Beisitzerin im Vorstand, Gemeindevertreterin und Mitglied im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen

Neues Baugebiet im Alten Dorf Gemeindevertretung beschließt B-Plan Nr. 24

Eckhard Graf

Die Gemeindevertretung hat am 27.03.2012 den Bebauungsplan Nr. 24 für das Gebiet östlich des Friedhofes, nördlich der Wohnbebauung „Schattiner Weg“, südlich der Straße „Am Vierth“ sowie westlich des Driftweges beschlossen.

Hinter dieser mehr bürokratischen Beschreibung des Standortes verbirgt sich das landschaftlich reizvolle, neu entstehende Baugebiet im Alten Dorf. Dieses Baugebiet wird vorerst die letzte Gebietsentwicklung für Wohnbauflächen in Groß Grönau sein. Die Gemeinde Groß Grönau wird an dieser Stelle 30 Baugrundstücke direkt vermarkten und zu einem fairen Preis (Preis pro qm steht derzeit noch nicht fest) an interessierte Bauwillige abgeben. Das Interesse an den Grundstücken ist bereits jetzt sehr hoch. Sehr

viele Menschen haben sich bereits aufgrund der in der Gemeindevertretung erfolgten Vorplanungen für die Wohnbauentwicklung an diesem Standort interessiert und sich in der Verwaltung auf eine Interessenten-Liste setzen lassen. Nach Einschätzung der Gemeindeverwaltung ist das Interesse an diesen Grundstücken so hoch, dass bereits jetzt 20 der 30 Grundstücke so gut wie verkauft seien. Die Gemeindeverwaltung nimmt auch weiterhin Interessenbekundungen entgegen. Die Vermarktung dieser Grundstücke wird dann durch einen Ausschuss der Gemeinde erfolgen. Mit den Erlösen aus den Grundstücksverkäufen werden wieder Spielräume zur Finanzierung kommunaler Aufgaben gewonnen.



Belastung für die Anwohner

Bedingt durch die zu erwartenden Baumaßnahmen für die Erschließungseinrichtungen und der neu entstehenden Wohnhäuser wird es vor allem für die Anwohnerinnen und Anwohner der Straße Am Vierth für den Zeitraum der Baumaßnahmen zu größeren Belastungen kommen. Lärm, Schmutz und Baustellenverkehr sind keine Kleinigkeiten. Alle Beteiligte an dieser Baugebietsentwicklung sind aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Belastungen der dort

wohnenden Menschen so gering wie möglich ausfallen werden.

Die Erfahrungen aus der Entwicklung der jüngsten Baugebiete am Kranichweg und am Reiheweg stimmen zuversichtlich, dass die zu erwartenden Belastungen im Rahmen des Erträglichen bleiben werden. Auch wenn folgendes wenig tröstlich stimmen mag, aber jeder ehemalige Bauherr hat selbst einmal baubedingte Belastungen verursacht und war dankbar für das ihm gewährte Verständnis.

Frauencafé

15 Jahre Grönauer Frauencafé

Termine für 2012

04. Mai	08. Juni
10. August	28. September
26. Oktober	30. November

Wir treffen uns jeweils um 19.30 Uhr in der "Alten Schule" und würden uns freuen, wenn auch "Sie" mal bei uns rein schauen. Einfach nur zum Klönen und Gedankenaustausch.

Eure Brigitte Kock

Ausgleichs- und Naturschutzmaßnahmen zum Bebauungsplan Nr.24 hinter dem Friedhof

Wilfried Schmidt

Im geplanten Baugebiet zwischen der Straße am Vierth und dem östlichen Rand des Friedhofes ist auf einer Fläche von ca. 23850 qm eine aufgelockerte Bebauung mit 30 Einzel-Doppelhäuser vorgesehen. Durch die geplante Bebauung kommt es auf den bisher genutzten Ackerflächen zur einer teilweisen Versiegelung des Bodens, die zum Verlust des Naturhaushalts führt. Weitere Auswirkungen ergeben sich durch die Beseitigung des mittleren Knicks, Gras und Staudenfluren an der Straße "am Vierth" und zwei kleinerer Einzelbäume (Rosskastanien), die den Lebensraum für Tiere entzogen werden. Ferner wird für Feldlerchen und Rebhühner, die zu den gefährdeten europäischen Vogelarten gehören bzw. auf der Vorwarnliste geführt sind, durch die Bebauung im Nahbereich der Lebensraum eingeschränkt. Darüber hinaus ist das optische Landschaftsbild durch die baulichen Anlagen betroffen, so dass für alle Beeinträchtigungen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind.

Da ein Ausgleich durch den Eingriff in die Natur innerhalb des Gemeindegebietes von Groß Grönau nicht möglich ist, sollen die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, der Versiegelung von Flächen und das Ableiten von verschmutztem Oberflächenwasser auf einer der im Eigentum der Stiftung Naturschutz SH stehenden Fläche (Priesterbach) ausgeglichen werden.

Für die Beseitigung des ca. 107 m langen Knicks muss ein 214 m langer neuer Knick in Berkentin auf der Maßnahmenfläche der Stiftung Naturschutz SH errichtet werden. Für die Einschränkung des Lebensraumes von Feldlerchen und Rebhühner soll ebenfalls eine 1-2 ha große Ausgleichsfläche im Bereich Priesterbach bereit gestellt werden. Zur Sicherung des Ausgleichs werden Gestattungsverträge zwischen der Gemeinde Groß Grönau und der Stiftung Naturschutz SH abgeschlossen.



Karin Moßner

Beisitzerin im Vorstand, Gemeindevertreterin und Mitglied im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen sowie dem Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur

Im Rahmen der B Plan Nr. 24 Umsetzung sind eine Reihe von grünordnerischen Ausgleichsmaßnahmen vor Ort vorgesehen. So soll der östliche Rand des Baugebietes mit

hochstämmigen Obstbäumen und Sträuchern bepflanzt werden. Der nördliche Rand soll eine Obstbaumwiese mit einer Stieleiche erhalten. Im Süden und Westen soll der bestehende Knick erhalten bleiben und durch eine getrennte Einzäunung zu den geplanten Grundstücken gesondert geschützt werden. Die Pflege des Zwischenraumes und des Knicks obliegt der Gemeinde.

Die vorhandenen Stieleichen an der westlichen Grundstücksgrenze mit einem Stammdurchmesser von 1m bzw. 60cm sind durch den B-Plan bzw. durch die Biotopverordnung vom 22.1.1.2009 geschützt. In Hinblick auf den historischen Ortskern von Groß Grönau mit Kirche, Pastorratsscheune und Engelbrechtsche Haus wird darüber hinaus seitens des Denkmalschutzes der Erhalt des westlichen Knicks mit den Großbäumen zur Abgrenzung zum Neubaugebiet gefordert.

Um die Beeinträchtigung der Grundstücke im Nahbereich der Eichen gering zu halten, schlagen wir vor, zur gegebenen Zeit in Abstimmung mit den Eigentümer der Eichen geeignete Baumpflegearbeiten zu vereinbaren.

SPD Ortsverein Groß Grönau

Impressum	Auflage 1600
Herausgeber	SPD-Ortsverein Groß Grönau
Verantwortlich	Horst Reder, Eichhörnchenweg 2, 23627 Groß Grönau
Redaktion	Oliver Reisberger,
Anschrift	Am Vierth 19a, 23627 Groß Grönau
Email	oliver.reisberger@spd-grossgroenau.de

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Mit rund 2.500 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern nahm SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig am 31. März an der Anti-Nazi-Demo in Lübeck teil.



Im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern war Torsten Albig für Toleranz und betonte: „Heute aber stellen wir uns den

Faschisten entgegen und geben ihnen keinen Zentimeter Raum – nicht hier in Lübeck, nicht in

Neumünster am 1. Mai und auch sonst nirgendwo und niemals.“

Solarkürzungen: Schwarz-Gelb will die Energiewende nicht!

Gabriele Hiller-Ohm, MdB

Die Bundesregierung kürzt die Solarförderung drastisch. „Schwarz-Gelb setzt den Produktionsstandort Deutschland und mit ihm 130.000 Arbeitsplätze aufs Spiel“, erklärt die für das Herzogtum Lauenburg zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm anlässlich der heutigen Abstimmung im Bundestag.

„Wieder einmal haben CDU, CSU und FDP den Solarmarkt massiv verunsichert“, so Hiller-Ohm. „Die Regierung hat kein Konzept für die Energiewende. Schwarz-Gelb agiert hektisch, planlos und ohne aufeinander abgestimmte Maßnahmen. Es zeigt sich: Die Bundesregierung will die Energiewende nicht!“

Mit der drastischen Einmalabsenkung der Solarförderung stellt die Bundesregierung viele deutsche Produzenten vor große Probleme. Diese haben bereits heute mit der Billig-Konkurrenz aus China und immensen Überkapazitäten zu kämpfen. Und: Die künftig monatlich vorgesehenen Förderkürzungen führen zu weiterer Unsicherheit für den Markt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag vorgelegt (Drucksache 17/9157), der eine klare Zielrichtung hat: „Wir wollen wieder Ruhe in den Markt bringen“, erklärt Hiller-Ohm. Die Solarvergütung soll danach in gleichmäßigen Schritten von drei Monaten sinken. „Eine überschaubare stufenweise Absenkung gibt Herstellern, Investoren und Handwerkern Planungssicherheit. Der Anteil der Photovoltaik an der deutschen Stromerzeugung soll sich so bis 2020 mehr als verdoppeln.“

Dazu sind faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Solarindustrie nötig. Das insbesondere von chinesischen Modulherstellern getriebene Preisdumping, gestützt von einer aktiven Subventionspolitik der chinesischen Regierung, ist zu unterbinden. Die SPD-Fraktion fordert ein Anti-Dumping-Verfahren bei der EU. Bis dieses

abgeschlossen ist, sollen künftig nur noch Solaranlagen eine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz erhalten, die einen Anteil von 70 Prozent an Wertschöpfung aus Fertigungsanlagen innerhalb der EU nachweisen können. Hiller-Ohm: „Schwarz-Gelb verweigert sich leider einer guten Lösung für die Solarenergie.“

PRIVATE KRANKENVERSICHERUNGEN
AM ENDE

DIE BÜRGERVERSICHERUNG MUSS KOMMEN!

Drastische Beitragssteigerungen, überhöhte Abrechnungen, Streit um Leistungen – immer mehr Privatversicherte wollen deshalb zurück in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Die Entwicklung zeigt: Das Geschäftsmodell der privaten Krankenversicherung ist nicht zukunftsfähig. Die heutige PKV ist am Ende. Jetzt ist es Zeit, dass die Bürgerversicherung kommt!

Während die Beiträge in der GKV stabil sind, fast alle gesetzlichen Kassen auf Zusatzbeiträge verzichten können und Milliardenüberschüsse gebildet werden, laufen der PKV die Kosten davon. In den vergangenen Jahren sind Privatversicherte deshalb von Beitragssteigerungen um bis zu 60 Prozent im Jahr betroffen.

Immer mehr Privatversicherte wechseln in die GKV – die Techniker Krankenkasse verbuchte eine Steigerung von 12 Prozent im vergangenen Jahr. Ca. zwei Drittel der 8,5 Millionen Privatversicherten wären bereit, in die GKV zu wechseln.

Jetzt sprechen sich auch AOKen und Verbraucherschutzzentralen für eine Reform aus.

Immer mehr Expertinnen und Experten kommen zu unserem Schluss: Die GKV funktioniert, während die PKV längst zu einem Fall für den Verbraucherschutz geworden ist. Das Geschäftsmodell der PKV ist am Ende.

Für die SPD ist klar: Die Zukunft heißt Bürgerversicherung!

Wir wollen die Solidarität stärken. Alle sollen mit der Bürgerversicherung in einem einheitlichen Versicherungssystem versichert sein. Damit wollen wir die Zwei-Klassen-Medizin abbauen.

Die Bürgerversicherung ist auch ein faires Angebot an alle Privatversicherten, sich aus dem Würgegriff von Beitragssteigerungen und überhöhten Abrechnungen zu befreien. Aber dies geht nur mit der Teilnahme an der Solidarität. Wer viel verdient, muss auch mehr beitragen. Dafür bietet die Bürgerversicherung stabile Beiträge und verlässliche Leistungen – auch im Alter.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Forderung der SPD. Unabhängige Umfragen zeigen: Mehr als drei Viertel der Befragten unterstützen die Bürgerversicherung. Die Zukunft der Krankenversicherung ist die Bürgerversicherung: Solidarisch, gerecht und leistungsfähig. **Wir kämpfen jetzt in Schleswig-Holstein, in NRW und 2013 im Bund dafür, dass wir sie umsetzen können.**